25. Juli 2008
Der Standard

Betroffene können gegen Feinstaub klagen EU-Richter haben entschieden: Anrainer können Gemeinden nun gerichtlich zwingen, etwas gegen schlechte Luftqualität zu unternehmen

Luxemburg - Bei hoher Feinstaubbelastung können betroffene Bürger nun Gegenmaßnahmen bei Gericht einklagen. Das hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entschieden. Demnach können Anwohnern ihre Kommunen zukünftig zwingen, Aktionspläne zur Verbesserung der Luftqualität zu erstellen. In der Begründung der Richter heißt es, dass es betroffenen Bürgers ermöglicht werden müsse, die Durchsetzung der zugrundeliegenden EU-Luftqualitätsrichtlinie einzuklagen, da diese zwingenden Charakter für die Mitgliedsstaaten habe.

Musterklagen

Die Kommunen seien jedoch nicht verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die jede Überschreitung der Grenzwerte verhindern. Es müsse lediglich die Gefahr erneuter Überschreitungen verringert werden. Experten rechnen nun mit einer Klagewelle von Anwohnern gegen ihre jeweiligen Kommunen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat bereits angekündigt, Musterklagen unterstützen zu wollen. (APA)